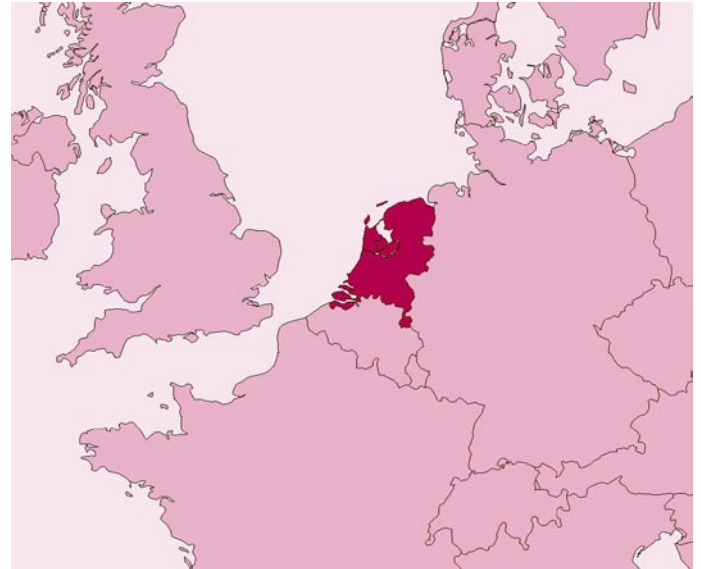


Niederlande

Die Einwanderungsgeschichte der Niederlande ist lang. In ihrem Verlauf wanderten sowohl Flüchtlinge als auch ausländische Arbeitskräfte in großer Zahl in die Beneluxländer ein. Beinahe 20 % der heutigen Bevölkerung in den Niederlanden sind entweder selbst Zugewanderte oder wurden als deren Kinder dort geboren.

Da die Niederländer und Niederländerinnen viel Wert auf Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen legen, waren sie lange Zeit sehr stolz darauf, dass Einwanderer in großer Zahl in ihr Land kamen. So wurden etwa Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ehemaligen Kolonien und/oder zum Arbeiten in die Niederlande einwanderten, dazu ermutigt, ihre eigenen Kulturen weiterzuleben, selbst als klar wurde, dass sie dauerhaft in den Niederlanden bleiben würden. Es war nicht schwer, die niederländische Staatsangehörigkeit zu erlangen, und der Druck, sich der Gesellschaft anpassen zu müssen, war gering. Für Zuwanderer, die der niederländischen Sprache nicht mächtig waren, wurden beispielsweise offizielle Doku-



Hintergrundinformation

Hauptstadt: Amsterdam

Regierungssitz: Den Haag

Amtssprachen: Niederländisch, Friesisch (regional)

Fläche: 41.528 km²

Bevölkerungszahl (2007): 16.366.134 (CBS)

Bevölkerungsdichte (2006): 484 Einwohner je km²

Bevölkerungswachstum (2006): +1,5 % (CBS)

Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung (2006): 4,2 % (CBS)

Anteil der Allochthonen¹ an der Gesamtbevölkerung (2006): 19,3 % (CBS) (nicht-westliche²: 10,5 %)

Erwerbsbevölkerung (2006): 75,7 % (OECD)

Arbeitslosenquote: 3,9 % (2006), 4,7 % (2005), 4,6 % (2004) (OECD)

Religionen (2006): 27 % Katholiken, 17 % Protestanten, 6 % Muslime, 1 % Hinduisten, 48 % ohne Religionszugehörigkeit (WRR)

mente und Informationen zu Dienstleistungen der Regierung in die jeweiligen Landessprachen übersetzt.

Dennoch stellte sich schon bald heraus, dass viele der ehemaligen Gastarbeiter und teilweise auch die Menschen, die aus den früheren Kolonien eingewandert waren, in hohem Maße sozioökonomisch benachteiligt waren. Um ihre Lage zu verbessern, wurden zahlreiche Politikmaßnahmen ergriffen, die allerdings wenig Erfolg zeitigten. Für das niederländische Modell des Multikulturalismus, in dem Zugewanderte als eigenständige kulturelle Gruppen aufgenommen wurden, sind mit Beginn des neuen Jahrtausends raue Zeiten angebrochen. Viele Menschen fürchten gar, dass es sich um das Ende des Multikulturalismus handelt und die Niederlande von nun an eine strenge Politik der Anpassung einschlagen.

Seit 1998 wurden verschiedene neue Zuwanderungs- und Integrationsgesetze eingeführt. Jedes Einzelne von ihnen stellte eine Verschärfung der zu dem Zeitpunkt bestehenden Gesetzeslage dar. Nichtsdestotrotz bleiben kulturelle Zugehörigkeit und kulturelle Vielfalt zwei wichtige Grundlagen der niederländischen Integrationspolitik und des politischen Diskurses – mehr noch als in den meisten anderen Ländern Europas. Zuwanderer und ihre Nachfahren werden weiterhin als Menschen wahrgenommen, die aus anderen Kulturkreisen stammen. Während frühere Integrationspolitik zum Ziel hatte, diese kulturelle Vielfalt zu erhalten, wird sie heutzutage von vielen Menschen zunehmend als ein Hindernis der Integration in die niederländische Gesellschaft wahrgenommen.

Historische Entwicklung der Zuwanderung und Abwanderung

Das vergleichsweise hohe Maß an Freiheit und Wohlstand in den Niederlanden hat seit dem Mittelalter eine erhebliche Zahl von Einwanderern angezogen. Folglich lag der geschätzte Prozentsatz der Menschen, die in den Niederlanden leben, aber nicht dort geboren wurden, zwischen 1590 und 1800 nie unterhalb der Fünf-Prozent-Marke.³ Viele der Zugewanderten waren Protestanten aus Frankreich, so genannte Hugenotten, und Juden aus Süd- und Osteuropa. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts sank die Zahl der im Ausland geborenen Einwanderer bis zum Jahr 1880 auf etwa 2 %. Obwohl es auch zwischen 1870 bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg Einwanderungsströme in die Niederlande gab, übertraf die Zahl der Emigranten die Zahl der Neueinwanderer. Die meisten Menschen, die das Land verließen, gingen in die USA, nach Australien und nach Kanada oder nach Südafrika bzw. in die damalige niederländische Kolonie Indonesien. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges unterstützte die niederländische Regierung die Auswanderer sogar, da befürchtet wurde, dass die zum damaligen Zeitpunkt hohen Geburtenraten später zu Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung führen könnten. Als Konsequenz dessen wanderten mehr als eine halbe Millionen Menschen aus den Niederlanden aus.

Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg einwanderten, kamen vornehmlich aus den (ehemaligen) Kolonien der Niederlande oder aus Ländern, mit denen Abkommen über die Anwerbung von Gastarbeitern bestanden. Das Ende der Niederlande als Kolonialstaat nahm seinen Lauf, als die damalige niederländische Kolonie Indonesien 1945 ihre Unabhängigkeit erklärte. Dies führte dazu, dass vor allem zwei größere Bevölkerungsgruppen aus Indonesien in die Niederlande einwanderten: Zum einen niederländisch-indonesische Rückkehrer und zum anderen Molukker.⁴ In den zwei Jahrzehnten nach der indonesischen Unabhängigkeitserklärung wanderten 300.000 Rückkehrer ins Land ein. Mehr als die Hälfte von ihnen waren ethnisch betrachtet eurasisch. Mit den Molukkern hingegen hatte die niederländische Regierung ein Abkommen geschlossen. In diesem wurde ihnen die Schaffung eines eigenständigen molukkischen Staates zugesichert. Da sich aber bis heute die indonesische Regierung weigert, einen solchen Freistaat zu schaffen, sind die 12.500 Molukker, die in den Niederlanden die Gründung dieses Staates abwarteten, dort geblieben.

Mitte der siebziger Jahre erlangte unter der sozialdemokratischen Regierung von Johannes Den Uyl eine weitere niederländische Kolonie ihre Unabhängigkeit: Surinam. Die Bekanntmachung dieses Entschlusses führte zu einem drastischen Anstieg der Zuwandererzahlen aus Surinam. Viele der Surinamer fürchteten, dass ihr Land als unabhängiger Staat seinen Wohlstand und seine politische Stabilität nicht würde halten können. Ein zweiter Höhepunkt surinamischer Zuwanderung folgte 1980, als der Besitz eines Visums für Surinamer obligatorisch wurde. Viele Surinamer fürchteten, dass dadurch die Einreise erschwert würde, und zogen noch unmittelbar vor Änderung der Rechtslage in die Niederlande.

Neben Surinam und Indonesien sind auch die letzten beiden Gebiete der Niederlande in Übersee – die karibischen Inseln Niederländische Antillen und Aruba – ein weiterer Herkunfts-

ort zahlreicher Zuwanderer. Das Studium in den Niederlanden hat sowohl bei wohlhabenden Surinamern als auch bei wohlhabenden Antillianern lange Tradition. Als sich jedoch in den neunziger Jahren die wirtschaftliche Lage auf den Niederländischen Antillen immer mehr anspannte, entschlossen sich zunehmend auch Menschen aus benachteiligten sozialen Milieus, in die Niederlande einzuwandern, insbesondere von der Insel Curaçao. Da viele dieser weniger qualifizierten antillianischen Migranten in den Niederlanden nicht Fuß fassen konnten, hat es in den letzten Jahren eine zunehmende Rückwanderung auf die Inseln gegeben.

In den sechziger Jahren begannen die Niederlande, wie viele andere westeuropäische Länder, Gastarbeiter anzuwerben. Diese kamen zunächst vornehmlich aus Südeuropa, später aber auch aus Jugoslawien, der Türkei und Marokko. Viele der südeuropäischen Gastarbeiter kehrten in ihre Heimatländer zurück. Dieser Trend nahm noch zu, nachdem Spanien und Portugal der Europäischen Union beigetreten waren. Viele der Gastarbeiter aus Südeuropa, die doch in den Niederlanden blieben, heirateten niederländische Frauen. Gastarbeiter aus der Türkei und Marokko hingegen kehrten oft nicht in ihre Heimat zurück, da die politische und wirtschaftliche Lage der beiden Länder verhältnismäßig instabil blieb. Zudem war es für Menschen, die keine Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes besaßen, inzwischen schwieriger geworden, nach einmaliger Ausreise erneut in die Niederlande oder in ein anderes europäisches Land einzureisen. Nachdem ab 1974 keine neuen Gastarbeiter mehr angeworben wurden, entschlossen sich viele der zu diesem Zeitpunkt in den Niederlanden lebenden Migranten, im Land zu bleiben und auch ihre Familien in die Niederlande zu holen. Dieser Prozess der Familienzusammenführung erreichte gegen 1980 seinen Höhepunkt. Da die Wohnfläche damals knapp bemessen war, standen die niederländische Regierung und auch große Teile der niederländischen Gesellschaft dieser Zuwanderung von Gastarbeiterfamilien zunächst sehr skeptisch gegenüber. Dennoch wurden zu Beginn der achtziger Jahre die Richtlinien für die Einwanderung von Gastarbeiterfamilien gelockert. Seit dem Einstellungsstopp für neue Gastarbeiter 1974 hat sich die Zahl der Menschen mit marokkanischer oder türkischer Herkunft in den Niederlanden verzehnfacht. Dies hängt sowohl mit der eben genannten Familienzusammenführung zusammen als auch mit der Zahl der Familienneugründungen.⁵ Ein dritter Faktor ist die hohe Geburtenrate bei türkischen und marokkanischen Zuwanderern.

In den Niederlanden ist die Familienzusammenführung nach wie vor die bedeutendste Zuwanderungsform; 40 % aller Zuwanderer kommen über diesen Weg ins Land. Nichtsdestotrotz ist die Zuwanderung in die Niederlande in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2003 wanderten erstmals seit 1984 wieder mehr Menschen aus den Niederlanden aus als ein. Dieser negative Wanderungssaldo belief sich zunächst auf 317 im Jahr 2003, stieg aber bis zum Jahr 2006 auf 31.320 an. Gründe für den Rückgang der Zuwanderungsrate sind schwer auszumachen. Mögliche Ursachen sind die Verschärfung der Asyl- und Familienzusammenführungsbestimmungen im Jahr 2001 sowie die derzeit schwache wirtschaftliche Lage der Niederlande.

Eine Vielzahl der Auswanderer sind ethnische Niederländer. Die häufigste Ursache ihrer Auswanderung ist ihre wirtschaft-

liche Situation; aber auch die dichte Besiedlung der Niederlande und die derzeitige politische Lage werden als Begründung angegeben. Vornehmliche Zielorte der Auswanderer sind Deutschland, Belgien, Kanada, England und die USA, bei Menschen im Ruhestand oftmals auch Spanien, Frankreich und Italien.

Die Einwandererbevolkerung

Statistiken über die Einwandererbevolkerung der Niederlande orientieren sich – im Gegensatz zu den Statistiken der meisten anderen Länder – nicht an der Nationalität oder am Geburtsland der Einwanderer, sondern an ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Die niederländische Regierung unterscheidet dabei zwischen *allochthonen* und *autochthonen* Menschen. Das Wort *autochthon* kommt aus dem Griechischen und heißt übersetzt „einheimisch“, das Wort *allochthon* ist eine Wortschöpfung und bezeichnet das Gegenteil. *Allochthone* sind per Definition Menschen, die mindestens ein Elternteil haben, das nicht in den Niederlanden geboren wurde. Neben *allochthon* und *autochthon* unterscheidet man innerhalb der *Allochthonen* zudem westliche von nicht-westlichen *Allochthonen*. Westliche *Allochthone* sind Menschen, die aus Europa (mit Ausnahme der Türkei), Nordamerika, Ozeanien, Indonesien und Japan stammen; nicht-westliche *Allochthone* sind Menschen, die aus der Türkei, Afrika, Lateinamerika und den übrigen Teilen Asiens kommen.

Viele der bestehenden Statistiken nutzen diese Unterscheidung zwischen *allochthon* und *autochthon* (sowie oftmals noch weitere Aufschlüsselungen einzelner Gruppen nach ihrer unterschiedlichen ethnischen Herkunft). Ein Großteil der statistischen Erhebungen und der daraus resultierenden Forschung konzentriert sich dabei auf die Gruppe der nicht-westlichen *Allochthonen*, da diese als am stärksten benachteiligte Bevölkerungsgruppe innerhalb der niederländischen Gesellschaft gelten. Daher bezieht sich der Begriff *allochthon* im alltäglichen Sprachgebrauch vornehmlich auf die nicht-westliche Gruppe der *Allochthonen* und in den meisten Fällen auf Marokkaner und Türken. Es wird zudem diskutiert, ob man den Begriff *allochthon* auch auf Personen ausweiten sollte, deren Großeltern im Ausland geboren worden sind. Dies ließe ein längeres Zurückverfolgen der Bevölkerungsteile mit einem Migrationshintergrund zu. Einige Politiker und *Allochthonen* fordern dagegen allerdings die Abschaffung des Begriffes, da er eine Unterscheidung von Einheimischen und Zugewanderten manifestiere.

Der Anteil der Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung kann durch eine Vielzahl verschiedener statistischer Kategorien abgebildet werden: 19,3 % der Bevölkerung sind *allochthon* (10,6 % nicht-westlich), 9,8 % sind nicht in den Niederlanden geboren und 6,2 % haben keine niederländische Staatsbürgerschaft. Unabhängig von der jeweiligen Definition sind jedoch die Türkei, Marokko, Deutschland, Belgien, England, Polen und das ehemalige Jugoslawien die am meisten vertretenen Herkunftsländer der Einwanderer (siehe auch Abbildungen 1 & 2).

Abbildung 1: Die zehn wichtigsten Herkunftsländer von Allochtonen (2007)

Herkunftsland	Gesamtzahl	1. Generation
1. Indonesien	389.940	126.048
2. Deutschland	381.186	101.221
3. Türkei	368.600	195.113
4. Surinam	333.504	186.025
5. Marokko	329.493	167.893
6. Niederländische Antillen & Aruba	129.965	78.907
7. Belgien	112.224	36.126
8. (Ehemaliges) Jugoslawien	76.465	52.857
9. Vereinigtes Königreich	75.686	42.604
10. Polen	51.339	34.831
Allochtonen insgesamt	3.170.406	1.601.194
Nicht-westliche Allochtonen insgesamt	1.738.452	1.014.476

Quelle: CBS

Abbildung 2: Die zehn größten Ausländergruppen nach Staatsangehörigkeit (2006)

Staatsangehörigkeit	Inkl. Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft	Exkl. Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft
1. Türkisch	359.143	98.920
2. Marokkanisch	313.921	86.229
3. Deutsch	106.601	58.503
4. Britisch	84.774	41.508
5. Belgisch	56.281	25.994
6. Italienisch	37.935	18.502
7. Polnisch	31.787	15.202
8. Französisch	30.463	14.730
9. Jugoslawisch (ehem.)	28.027	5.306
10. Spanisch	27.795	16.851
Insgesamt	1.704.846	691.357

Quelle: CBS

Neben den Bevölkerungsgruppen, die ursprünglich aus den (ehemaligen) Kolonien und den Ländern stammen, in denen Gastarbeiter angeworben wurden, kommen Einwanderer häufig aus drei Nachbarstaaten der Niederlande, die unter den zehn häufigsten Herkunftsländern zu finden sind: Belgien, Deutschland und England. Insgesamt machen die Einwanderer, die in einem europäischen Land geboren worden sind oder aber mindestens ein in Europa geborenes Elternteil haben, rund 26 % der *allochthonen* Bevölkerung der Niederlande aus. Erwähnenswert sind außerdem die 330.000 Surinamer, die

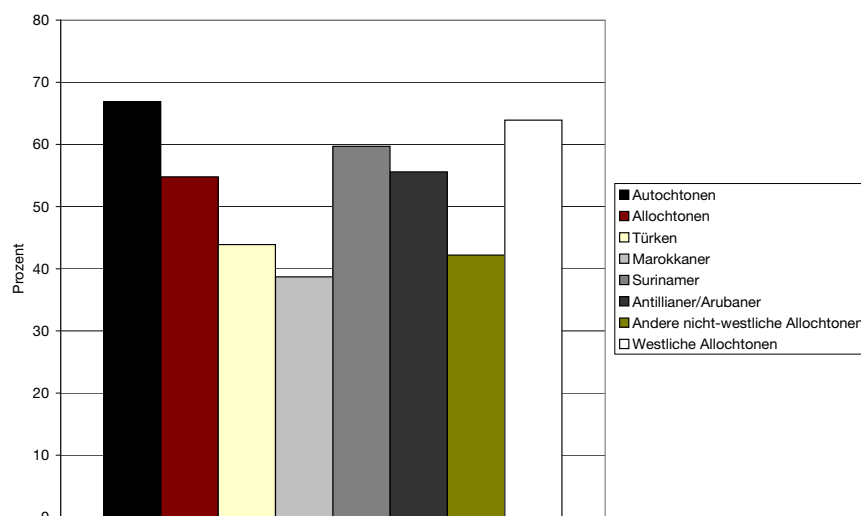
derzeit in den Niederlanden leben, besonders vor dem Hintergrund der Gesamtbevölkerung Surinams, die sich auf etwa 500.000 beläuft. Mit 45.000 Menschen sind auch die Molukker eine nicht unbedeutende Bevölkerungsgruppe der Niederlande. Insgesamt hat die Vielzahl an Nationen, die bei den niederländischen Einwanderern zu verzeichnen ist, besonders durch den Zulauf von Asylsuchenden zugenommen: In den Jahren 1971 bis 1998 ist die Zahl der vertretenen Nationen von 28 auf 110 angestiegen.

Die meisten der Einwanderer haben sich in städtischen Gebieten angesiedelt. Insgesamt leben fast 29 % der *Allochthonen* (bzw. sogar 39 % der nicht-westlichen *Allochthonen*) in den vier größten Städten der Niederlande (Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht). Unter den Niederländern sind dies nur 13 %. Neben den Städten Amsterdam und Rotterdam, in denen beinahe die Hälfte aller Einwohner *Allochthone* sind, gibt es auch kleinere Gemeinden, in denen bestimmte allochthone Gruppen stark vertreten sind. Meist hängt dies mit umliegenden Industrieanlagen zusammen, die früher Gastarbeiter beschäftigt haben. Neben der großen Zahl und somit hohen Dichte von *Allochthonen*, die in einigen städtischen und ländlichen Regionen leben, lässt sich in den letzten Jahren eine zunehmende Abschottung von *Allochthonen* und *Autochthonen* verzeichnen. Immer mehr Migranten leben in Wohngebieten, in denen es nur noch wenige *Autochthone* gibt.

Dabei hat Amsterdam im Verhältnis zu den anderen drei größten Städten mit 36,3 (2004) den geringsten „Segregations-Index“. D. h., um eine gleichmäßige Verteilung der nicht-westlichen *Allochthonen* in ganz Amsterdam zu erlangen, müssten 36,3 % von ihnen in ein anderes Stadtviertel umziehen.⁶ Im Gegensatz zu Amsterdam hat Den Haag den in dieser Hinsicht höchsten „Segregations-Index“. Er liegt allein für die *Allochthonen* türkischer Herkunft bei 51,1. Bei Asylberechtigten ist die wohnliche Trennung etwas geringer, da sie bewusst an Wohnorte über das ganze Land verteilt worden sind (siehe im Folgenden).

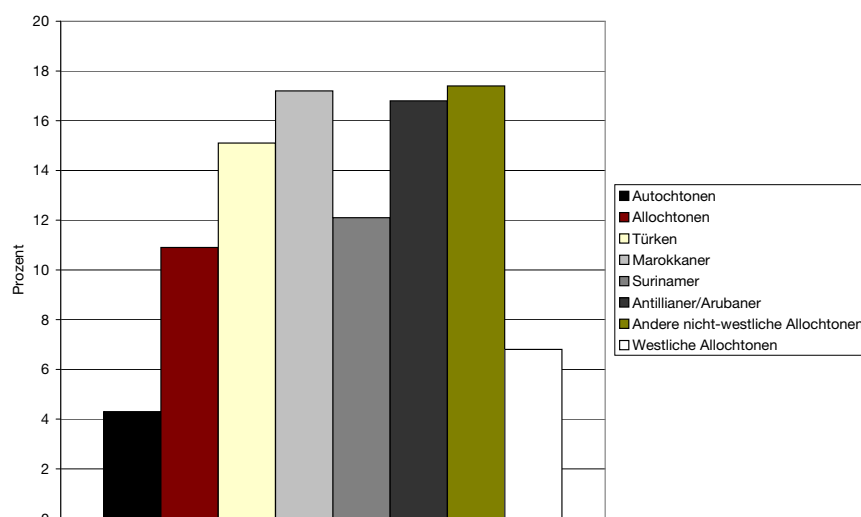
Für gewöhnlich leben die nicht-westlichen allochthonen Gruppen in schwachen sozialen und ökonomischen Verhältnissen. Von den vier größten nicht-westlichen Zuwanderergruppen trifft dies besonders auf die Marokkaner und die Türken zu: Ihre Teilnahme am Arbeitsmarkt ist gering, die Arbeitslosenrate und Abhängigkeit von Sozialhilfe sind hingegen hoch und die schulischen Leistungen auch in der zweiten Generation noch verhältnismäßig schwach. Im Jahr 2006 hatten nur 38,7 % der 15- bis 64-jährigen Marokkaner und 43,9 % der gleichaltrigen Türken einen Job (siehe auch Abbildung 3). Mit 17,2 % unter Marokkanern und 15,1 % unter Türken war die Arbeitslosenquote⁷ viermal höher als bei den autochthonen Niederländern, wo sie bei 4,3 % lag (siehe auch Abbildung 4). Beinahe 30 % der Türken und Marokkaner empfan-

Abbildung 3: Beschäftigungsquote ausgewählter Zuwanderergruppen (2006)



Quelle: CBS

Abbildung 4: Arbeitslosenquote ausgewählter Zuwanderergruppen (2006)



Quelle: CBS

gen Sozialleistungen vom niederländischen Staat, im Vergleich zu 13 % der *autochthonen* Niederländer.

Im derzeitigen politischen Diskurs werden Probleme innerhalb der niederländischen Gesellschaft also besonders mit Marokkanern und Antillianern assoziiert. So zeigen Polizeistatistiken beispielsweise, dass über 10 % der 12- bis 17-jährigen, männlichen Marokkaner und Antillianer schon einmal Tatverdächtige bei einem Verbrechen waren. Dies gilt im Vergleich dazu nur für 2 % der gleichaltrigen Autochthonen und 5,2 % der gleichaltrigen Türken. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen steigt diese Zahl sogar noch auf 17,8 % der männlichen Marokkaner bzw. 13 % der männlichen Antillianer. Bei der *autochthonen* niederländischen Bevölkerung zwischen 18 und 24 Jahren liegt sie bei 3,8 %.⁸ Obwohl diese Polizeistatistiken aus vielerlei Gründen problematisch sind (z. B. aufgrund der polizeilichen Praxis, Verdachtskonstruktion anhand von ethnischen Merkmalen⁹ zu betreiben), werden

die Statistiken häufig in politischen Diskussionen rund um das Thema Einwanderungsbevölkerung zitiert.

Die meisten Surinamer leben in deutlich besseren sozio-ökonomischen Verhältnissen. Viele haben es geschafft, ihren Lebensstandard über die Jahre hinweg zu steigern. Die Lage der Antillianer hat sich hingegen u. a. deswegen verschlechtert, weil zahlreiche Antillianer aus sozial schwachen Milieus in die Niederlande eingewandert sind. Gründe für die sozialen Probleme sind mangelnde Bildung und Sprachdefizite¹⁰, mit denen die sozial Schwächeren oftmals zu kämpfen haben. Nichtsdestotrotz sind die Verhältnisse, in denen die meisten Antillianer leben, im Durchschnitt besser als die der meisten Marokkaner und Türken.

Obwohl das Bildungsniveau der Zuwandererkinder der zweiten Generation gegenüber dem Bildungsniveau ihrer Eltern deutlich angestiegen ist, kann es immer noch nicht mithalten mit dem Bildungsgrad autochthoner Kinder. Die Zahl der nicht-westlichen *allochthonen* Jugendlichen, die die Schule abbrechen, ist doppelt so hoch wie die Abbruchquote unter *Autochthonen*. Während beinahe die Hälfte aller *allochthonen* jungen Erwachsenen an einer Universität oder anderen Hochschule eingeschrieben sind, gilt dies nur für 25 % der türkischen bzw. marokkanischen Jugendlichen sowie 35 % der surinamischen und antillianischen jungen Menschen. Allerdings lassen sich auch wichtige Fortschritte verzeichnen: In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der marokkanischen und türkischen Jugendlichen, die an einer Universität oder anderen Hochschule studieren, um 10 % gestiegen.

Auch hinsichtlich der Teilnahme von Zuwanderern am politischen Geschehen konnten deutliche Verbesserungen verzeichnet werden. Obwohl die Wahlbeteiligung von Migranten weiterhin geringer ist als die von *Autochthonen*, gibt es inzwischen eine wachsende Zahl von *allochthonen* Politikern. So sind elf der 150 Parlamentsmitglieder *allochthoner* nicht-westlicher Abstammung und je ein Politiker mit türkischem und marokkanischem Hintergrund Mitglieder des Kabinetts. Seit den Kommunalwahlen 2006 kommen zudem 302 Ratsmitglieder (oder 3 % aller Ratsmitglieder) aus nicht-westlichen *allochthonen* Bevölkerungsgruppen.¹¹ Damit handelt es sich zwar weiterhin bloß um ein Drittel der *Allochthonen*, die benötigt würden, um die Bevölkerungsverhältnisse der Gesellschaft repräsentativ widerzuspiegeln, aber es ist verglichen mit der spärlichen politischen Präsenz von Migranten in benachbarten europäischen Ländern ein sehr positiver Trend. Die Hälfte aller 302 *allochthonen* Ratsmitglieder ist dabei türkischer Herkunft, dies kommt einer Unter-Repräsentation der türkischen Zuwandereranteile von weniger als 50 % gleich.

Staatsbürgerschaft

Im Jahr 1985 führten die Niederlande ein neues Gesetz zur Staatsbürgerschaft ein, welches das bis dahin geltende Gesetz von 1892 ersetzte. Dieses neue Gesetz erleichterte das Erlangen der Staatsbürgerschaft für Migranten der zweiten Generation. Beispielsweise können Kinder von Zugewanderten, die in den Niederlanden geboren worden sind, nun zwischen ihrem 18. und 25. Lebensjahr entscheiden, ob sie die

niederländische Staatsbürgerschaft annehmen wollen. Die so genannte dritte Generation von Einwanderern (somit die zweite Generation von Kindern, die in den Niederlanden geboren wurden) erhält die niederländische Staatsbürgerschaft fortan bei der Geburt automatisch.

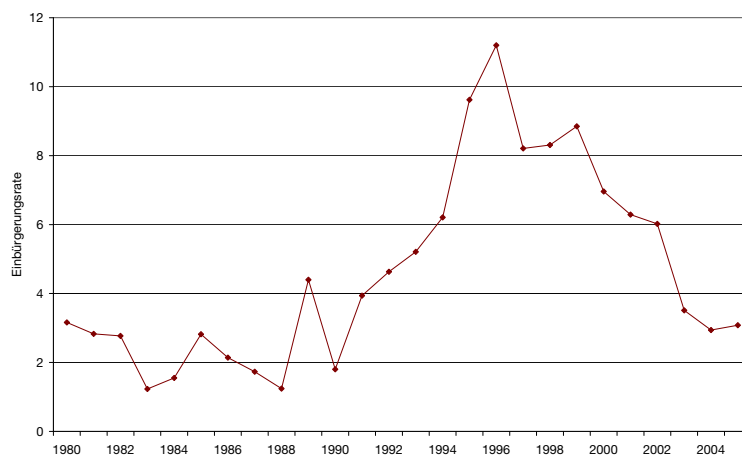
Nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts in den Niederlanden können Einwanderer sich einbürgern lassen. Diese Zeit wird auf drei Jahre reduziert, wenn eine Person, die eingebürgert werden möchte, mit einem niederländischen Staatsbürger verheiratet ist. Bis zum Jahre 2003 waren die Anforderungen an die Einwanderer äußerst gering: Antragsteller auf Einbürgerung mussten lediglich vorweisen, dass sie keine erheblichen Vorstrafen hatten und einen verhältnismäßig anspruchlosen mündlichen Sprachtest absolvieren, der ihre Niederländischkenntnisse prüfen sollte. Für gewöhnlich beinhaltete dieser Test ein Gespräch mit einem Beamten, welcher den Bewerber darum bat, in niederländischer Sprache Auskunft über seinen Namen, seinen Geburtsort, seine Adresse und das Jahr der Einwanderung zu geben. Diese vergleichsweise niedrigen Anforderungen, die für eine Einbürgerung erfüllt werden mussten, waren von der niederländischen Regierung bewusst gewählt. Die Regierung empfand es als elementar, die rechtliche Gleichstellung von Einwanderern sicherzustellen. Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft war eine geeignete Möglichkeit, dies zu gewährleisten. Darüber hinaus ging man davon aus, dass die Einbürgerung auch die Integration der Einwanderer unterstützen würde. Deshalb förderte die niederländische Regierung in den 1980er und 1990er Jahren nicht nur die Einbürgerung, sondern organisierte auch immer wieder öffentliche Kampagnen, welche die Einwanderer ermutigen sollten, sich einbürgern zu lassen.

Auch nicht eingebürgerte Zuwanderer verfügen über eine Vielzahl von Rechten, die in vielen anderen Ländern nur Staatsbürgern zugesprochen werden. So können Ausländer seit 1985 beispielsweise ohne den Besitz der niederländischen Staatsbürgerschaft im öffentlichen Dienst arbeiten; ausgenommen davon ist lediglich der Dienst bei Polizei und Militär. Zudem haben Zuwanderer, die keine niederländischen Staatsbürger sind, nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthaltes die Möglichkeit, an Wahlen auf kommunaler Ebene teilzunehmen. Heutzutage gibt es eine große Zahl von Stadträten, in denen Abgeordnete mit Migrationshintergrund vertreten sind, unter ihnen auch einige, die keine niederländische Staatsbürgerschaft besitzen. Im Januar 1992 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. Dies führte zu einem Anstieg der Einbürgerungsrate. Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft war von großer symbolischer Bedeutung, da eine beachtliche Zahl der in den Niederlanden lebenden Marokkaner¹² daraufhin die niederländische Staatsangehörigkeit erhielt. Dennoch blieb das Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft höchst umstritten, und somit wurde im Oktober 1997 die Auflage wieder eingeführt, dass Einwanderer ihre alte Staatsbürgerschaft aufzugeben haben. Dies hatte ein Abfallen der Einbürgerungsrate¹³ zur Folge: Zwischen 1996 und 1998 sank die Rate von einem Höchstwert von 10,9 % auf 8,2 % (siehe Abbildung 5). Der Zwang zur Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit wird zuweilen allerdings nicht sehr konsequent durchgesetzt, es lassen sich zahlreiche Ausnahmen feststellen. So wird Zuwanderern auch heute noch verbreitet die doppelte Staatsbürgerschaft gewährt, wodurch die Zahl der

Niederländer mit zweitem Pass zwischen 1998 und 2006 sogar noch von 600.000 auf über eine Million gestiegen ist.¹⁴

Im Einklang mit der allgemeinen Verschärfung der Zuwanderungspolitik sind auch die Bedingungen, die an eine Einbürgerung geknüpft sind, strenger geworden. Die Anerkennung der Staatsangehörigkeit wird nicht mehr als ein Prozess betrachtet, der die Integration beschleunigt, sondern als Belohnung für Einwanderer, die sich durch eine bereits erfolgreiche Integration als der Staatsbürgerschaft würdig erwiesen haben. Um prüfen zu können, wie erfolgreich ein Antragsteller bereits in die Gesellschaft integriert ist, wurde 2003 ein offizieller Einbürgerungstest eingeführt. Dieser ist deutlich anspruchsvoller als sein mündlicher Vorgänger: Die Bewerber müssen ein schriftliches Examen ablegen, das sowohl niederländische Sprachkenntnisse als auch Wissen über die niederländische Kultur und Gesellschaft abfragt. Seit Einführung dieses strengeren Einbürgerungstests ist die Einbürgerungsrate bis 2005 auf 3,1 % gesunken.

Abbildung 5: Einbürgerungsrate (1980-2005)



Quelle: CBS

Integrationspolitik

Bis in die 1970er Jahre gab es in den Niederlanden keine dezidierte Integrationspolitik, da man davon ausging, dass die meisten Zuwanderergruppen – und im Besonderen die Gastarbeiter – wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden.¹⁵ Aufgrund dieses „Mythos der Rückkehr“ wurde es als unnötig empfunden, die Zuwanderer angemessen in die niederländische Gesellschaft zu integrieren. Vielmehr war es das vornehmliche Ziel der Regierung, den Zuwanderern möglichst annehmbare Lebensverhältnisse zu schaffen. So konnten Gastarbeiter beispielsweise sämtliche regulären Leistungen des Sozialstaates in Anspruch nehmen. Ferner schuf man für sie eigene soziale und kulturelle Einrichtungen. Ihre Kinder konnten spezielle Unterrichtsstunden besuchen, deren Ziel es war, Kenntnisse der Muttersprache zu erhalten. Hintergrund all dieser Maßnahmen war das Anliegen, später eine möglichst reibungslose Rückkehr der Gastarbeiter und ihrer Familien in ihre Heimatländer zu gewährleisten. Nicht nur Regierung und Gesellschaft der Niederlande, sondern auch die meisten Gastarbeiter selbst waren

davon überzeugt, dass ihr Aufenthalt begrenzt sein würde.

Die aktive Unterstützung zur Erhaltung der eigenen Kultur spiegelt das niederländische Prinzip der „Souveränität im eigenen Kreise“ wider, das Teil des politischen Ansatzes der „Versäulung“ (*verzuijing*) ist. Dieses in den Niederlanden begründete politische System setzte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch und basiert darauf, dass jede Glaubensgemeinschaft und später auch politische Gemeinschaften wie die Sozialisten oder die Liberalen eine eigene „Säule“ darstellen. Die unterschiedlichen Säulen hatten ausgeklügelte Infrastrukturen, die weite Teile des öffentlichen Lebens umfassten. Jede Säule hatte ihre eigene Gewerkschaft, Zeitungen, Sportvereine, Bestattungsunternehmen und innerhalb der christlichen Säulen auch Schulen.¹⁶ Da es keine Mehrheiten unter den Gruppen gab, mussten sich die Gemeinschaften hinsichtlich aller politischen Angelegenheiten absprechen und Kompromisse schließen. Die Verhandlungen führten dabei jeweils die Eliten der einzelnen Gruppen. Die Blütezeit der Versäulung dauerte ungefähr von 1920 bis 1960. Auch wenn nach dem Zweiten Weltkrieg eine rasche Säkularisierung der Niederlande einsetzte, existieren auch heute noch viele der durch die Versäulung geschaffenen Strukturen. Dies hat zur Folge, dass ein großer Teil der staatlichen Förderungen und Entscheidungsgremien auf der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit der Menschen basieren.

Im Laufe der Zeit wurde allerdings deutlich, dass viele der Einwanderer benachteiligt waren: Sie wohnten meist abgeschottet in eigenen Vierteln und viele von ihnen waren arbeitslos. Aufgrund dessen wurden im Verlauf der 1970er Jahre erste Integrationsmaßnahmen ergriffen. Dies führte zu Beginn der 1980er auch zur Einführung der Politik des Multikulturalismus, deren Ziel es war, „die Integration zu gewährleisten und gleichzeitig die Identität der Immigranten zu bewahren“. Das Aufrechterhalten der Kulturen der Einwanderer wurde im Einklang mit dem System der Versäulung nicht mehr als Mittel betrachtet, um den Zuwanderern die Rückkehr in ihre Heimatländer zu vereinfachen, sondern als ein Weg zur Emanzipation der Einwanderer, ähnlich dem, den die katholische Minderheit in den Jahrzehnten zuvor genommen hatte. Dementsprechend wurde das soziale und kulturelle Zusammenleben der Einwanderer großzügig mit staatlichen Geldern unterstützt: Es gab auf kommunaler und nationaler Ebene Gremien zur Beteiligung ethnischer Minderheiten; Grundschulunterricht in den unterschiedlichen Muttersprachen wurde eingeführt, und erste muslimische und hinduistische Schulen wurden eröffnet. Erklärtes Ziel dieser Minderheitenpolitik war es nicht nur, mittels kultureller Aktivitäten die Integration anzuregen, sondern die Gleichheit der Zuwanderer vor dem Gesetz sowie Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und in der Bildung zu gewährleisten.

In den 1990er Jahren folgte eine Verlagerung der Integrationspolitik von der Wahrung der kulturellen Vielfalt hin zur Integration und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die vier größten Einwanderergruppen (Türken, Surinamer, Marokkaner und Antillianer) noch immer in schwachen sozioökonomischen Verhältnissen lebten und die Kriminalitätsrate unter Jugendlichen, die einer dieser Minderheiten angehörten, unverhältnismäßig hoch war.

Als Konsequenz der Verlagerung wurde der Unterricht in den Muttersprachen der Einwandererkinder eingeschränkt und in Bereichen außerhalb des Lehrplans angesiedelt. Im Weiteren wurden die Notwendigkeit von Bildung und das Erlernen der niederländischen Sprache in den Vordergrund gerückt.

Der Umbruch in der Integrationspolitik war Teil einer umfassenderen Kursänderung der nationalen Politik dahingehend, künftig staatsbürgerliche Pflichten anstatt Rechte zu betonen. In den 1980er und 1990er Jahren stieg die Zahl der Menschen, die Sozialleistungen empfangen, im Verhältnis zu den Berufstätigen so stark an, dass dies den niederländischen Sozialstaat in eine Krise stürzte. Lebte ein Mensch in schwachen sozioökonomischen Verhältnissen, wurde dies immer weniger mit fehlenden Arbeitsmöglichkeiten begründet, als vielmehr mit einem Mangel an Handlungsbereitschaft auf Seiten des Individuums. Dieses Hervorheben der Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen übertrug sich auch auf das Verständnis von Integration. Seit den 1990er Jahren werden fehlende Integration (und insbesondere mangelnde Sprachkenntnisse) zunehmend durch mangelndes Bemühen seitens der Zuwanderer erklärt.

In einem Bericht von 1989 empfahl der Wissenschaftliche Rat für Regierungspolitik (*Wetenschappelijke Raad voor het regeeringsbeleid*, WRR), Sprachkurse für Neuzuwanderer einzuführen, um diese auf ihren Aufenthalt vorzubereiten. Dennoch dauerte es fast zehn Jahre, bis 1998 das „Gesetz zur staatsbürgerlichen Integration von Neuankömmlingen“ (*Wet Inburgering Nieuwkomers*, WIN) verabschiedet wurde. Dem Gesetz zufolge mussten alle Menschen, die von diesem Zeitpunkt an neu ins Land einwanderten, insgesamt 600 Stunden Sprach- und Gesellschaftskurse absolvieren; ausgenommen davon waren lediglich Studierende und temporäre Arbeitskräfte. Im Anschluss an die Kurse bekamen die Absolventen Hilfestellung bei der Suche eines Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes in den Niederlanden. Ziel dieses Programms war es, die Einwanderer dabei zu unterstützen, Teil der niederländischen Gesellschaft und darüber hinaus finanziell unabhängig zu werden. Bürger der Europäischen Union, des EWR¹⁷, der Schweiz und der USA, die aus anderen Gründen als Familiengründung oder -zusammenführung ins Land kamen, mussten das Programm nicht absolvieren. Hielt sich ein Zuwanderer nicht an die Auflagen, konnte seine Sozialversicherung gestrichen oder ein Bußgeld verlangt werden. Die Niederlande waren das erste Land, das ein solches Programm als verpflichtend eingeführt hat, und viele weitere Länder haben sich seither ein Beispiel daran genommen.¹⁸ Obwohl das Programm auch heute noch besteht, ist es inzwischen nicht mehr verpflichtend für Einwanderer (siehe auch „aktuelle Entwicklungen“).

Pim Fortuyn und sein politisches Erbe

Im Laufe der Jahre gab es in den Niederlanden einige Parteien, die eine ausländischerfeindliche Politik vertraten, allerdings deutlich weniger als in anderen europäischen Ländern. Parteien wie die *Front National* in Frankreich oder der *Vlaams Blok* (heute *Vlaams Belang*) in Flandern erhalten inzwischen regelmäßig erhebliche Stimmanteile bei den Wahlen. Vergleichbare Parteien haben in den Niederlanden bis vor Kurzem nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Dennoch wurde der Multikulturalismus bereits zu Beginn

der 90er Jahre von einigen bekannten Politikern kritisiert, unter ihnen zum Beispiel der Vorsitzende der konservativ-liberalen¹⁹ Partei *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (Vereinigung für Freiheit und Demokratie, VVD), Frits Bolkenstein. Viele Menschen ärgerten sich über die ungenügenden Sprachkenntnisse der ehemaligen Gastarbeiter und deren Familien, sowie die vermeintlich hohe Kriminalitätsrate unter ihren Kindern. Abgesehen von Frits Bolkenstein und einigen seiner Parteikollegen schenkten die Politiker diesen Beschwerden aber nur wenig Aufmerksamkeit.

Durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderte sich jedoch das politische Klima, und eine deutliche Zunahme von fremdenfeindlichen Übergriffen war zu verzeichnen: Muslimischen Frauen wurde ins Gesicht gespuckt und ihre Kopftücher heruntergerissen, Arbeitskollegen aus islamischen Ländern wurden beschimpft, und es wurde ein Anschlag auf eine Moschee mit einem Molotow-Cocktail verübt. Zu dieser Zeit trat auch der Politiker Pim Fortuyn auf die öffentliche Bühne der Politik. Bis dahin war er vornehmlich für seine Kolumne in der rechtsgerichteten Zeitschrift *Elsevier* bekannt gewesen. Dort hetzte er gegen Einwanderer und gegen die – wie er sie empfand – zu laxen Politik der Regierung. Fortuyn arbeitete in vielen Parteien mit, bevor er Leitfigur der Partei *Leefbaar Nederland* (Lebenswerte Niederlande) wurde. Anstatt sich an dem vielschichtigen Diskurs der politischen Elite zu beteiligen, traf Fortuyn vorzugsweise waghalsige Aussagen: Er nannte den Islam eine „rückwärts gerichtete Religion“ und behauptete, dass die linke Gemeinde die Einwanderer auf Kosten der Einheimischen verwöhnt hatte. Außerdem forderte er die Schließung der niederländischen Grenzen für sämtliche Einwanderer und Flüchtlinge, bis die schon angesiedelten Einwanderer vollständig in die niederländische Gesellschaft integriert seien. Eine große Zahl von Menschen empfand dies als eine willkommene Reaktion auf die Jahre der politischen Korrektheit hinsichtlich der Einwandererthematik. Viele meinen auch heute noch, dass Fortuyn das ausgesprochen hat, was viele Menschen schon lange gedacht haben.

Nachdem Fortuyn einer großen Tageszeitung (*de Volkskrant*) gegenüber gefordert hatte, dass der Artikel zur Gleichheit aus der Verfassung gestrichen werden solle,²⁰ wurde er von den Vorsitzenden seiner Partei *Leefbaar Nederland* entlassen. Daraufhin gründete er eine eigene Partei, die *Lijst Pim Fortuyn* oder kurz LPF. Die politische Karriere von Pim Fortuyn nahm ein tragisches und jähes Ende, als er am 6. Mai 2002 eine Woche vor den Parlamentswahlen ermordet wurde. Der Mord an Fortuyn war der erste politische Mord in den Niederlanden seit Jahrzehnten. Zunächst fürchtete man, dass ein Einwanderer ihn erschossen habe und dies zu schweren Ausschreitungen führen könnte. Schon wenig später zeigten die Ermittlungen allerdings, dass es sich beim Täter um einen weißen, niederländischen Umweltaktivisten handelte.

Bei den darauf folgenden Wahlen bekam die christdemokratische Partei *Christen Democratisch Appel* (CDA) die meisten Sitze, und die LPF wurde – auch ohne ihren verstorbenen Vorsitzenden Pim Fortuyn – mit 26 Sitzen und 17,6 % aller Stimmen die zweitstärkste Kraft im Parlament. Die CDA und LPF bildeten zusammen mit der VVD eine Koalition im Parlament. Diese war zwar nur von kurzer Dauer, dennoch gelang es den

drei Parteien, eine Vielzahl von Änderungen im Bereich der Immigration und Integration auf den Weg zu bringen. Unter anderem wurde der Ministerposten für Immigration und städtische Angelegenheiten umgeformt in einen beim Justizministerium angesiedelten Ministerposten für Integration und Immigration. Dies brachte Immigration und Immigranten stärker mit Kriminalität in Verbindung.

Bei den Neuwahlen im Jahr 2003 verlor die LPF einen Großteil ihrer Stimmen und Sitze wieder. Die scharfe Debatte über Zuwanderer im Allgemeinen und muslimische Zuwanderer im Besonderen blieb allerdings bestehen. Rita Verdonk (VVD), die frisch ins Amt gewählte Ministerin für Integration, legte eine Vielzahl von neuen Maßnahmen vor, um die Einreise von Neuzuwanderern zu beschränken und bereits in den Niederlanden lebende Zuwanderer zur Integration zu zwingen. Der Mord an dem Künstler Theo Van Gogh²¹ im November 2004 verstärkte das Gefühl der allgemeinen Öffentlichkeit, dass Zuwanderer muslimischen Glaubens nicht willens waren, sich zu integrieren. Als Racheakte für die Ermordung von Goghs wurden mehrere Moscheen angezündet.

Seit den Parlamentswahlen im Jahr 2006 hat die LPF keinen einzigen Sitz mehr im Parlament, Rita Verdonk ist nicht mehr Ministerin für Integration und die VVD nicht länger Teil der Koalition. Dennoch gibt es einen neuen Anwärter auf das Erbe von Pim Fortuyn: Geert Wilders. Dieser ist durch radikale Aussagen über Muslime bereits bekannt geworden. So warnte er die Bevölkerung beispielsweise vor dem „Tsunami der Islamisierung“, der auf die Niederlande zusteure, oder schlug im August 2006 vor, den gesamten Koran zu verbieten, da es sich um ein „faschistisches Werk“ handele. Wilders errang bei den Parlamentswahlen 2007 neun Sitze für seine Partei *Partij voor de Vrijheid* (Freiheitspartei, PVV).

Das Ende des Multikulturalismus?

Im Jahr 2003 wurde ein befristeter parlamentarischer Ausschuss ins Leben gerufen, der die Auswirkungen der Integrationspolitik der letzten dreißig Jahre untersuchen sollte. Das inoffizielle Ziel des Ausschusses war es jedoch, herauszufinden, was „schief gelaufen“ war. Denn seit der Ära von Pim Fortuyn lag ein generelles Gefühl in der Luft, dass irgendetwas „schief gelaufen“ sein musste. Im Januar 2004 veröffentlichte der Ausschuss seinen Bericht mit dem Titel „*Bruggen bouwen*“ (Brücken bauen). Das Hauptfazit des Berichtes lautete, dass viele Zuwanderer erfolgreich integriert seien – trotz der bis dato unzureichenden Integrationspolitik. Nach Ansicht des Ausschusses sollten Neuankömmlinge die niederländische Sprache erlernen und die Normen und Werte, die den Gesetzen zu Grunde liegen, beachten. Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit unterstrichen, Diskriminierung und Vorurteile unter *Allochthonen* und Einheimischen gleichermaßen zu bekämpfen. Leider wurden die Ergebnisse des Berichtes nicht konsequent weiterverwertet.

Seit Fortuyn hat sich nicht nur das politische Vokabular, sondern haben sich auch einige grundlegende Ansätze der Integrationspolitik verändert. Veranstaltungen mit ethnischem Hintergrund werden noch immer finanziell vom Staat unterstützt, aber der Unterricht in verschiedenen Landessprachen an öffentlichen Schulen wurde beispielsweise vollständig abge-

schaft. Muslimische Grundschulen und weiterführende Schulen werden ebenso wie die Schulen anderer Konfessionen weiterhin vom Staat unterstützt. Das Gleiche gilt für religionsnahe Rundfunkanstalten (einschließlich zweier islamischer und einer hinduistischen Anstalt), deren Programm auf öffentlichen Sendern übertragen wird. Darüber hinaus wurden die beratenden Körperschaften der einzelnen Minderheitengruppen 2004 um einen Muslimischen Rat (*Contactorgaan Moslims en Overheid*, CMO) sowie einen Chinesischen Rat erweitert.

Obwohl die niederländische Regierung nur während der 1980er Jahre eine erklärte Politik des Multikulturalismus verfolgte, ist die kulturelle Zugehörigkeit auch heute noch ein wichtiger Faktor der Integrationspolitik und der dazugehörigen Debatte. Der Blickwinkel der Gesellschaft auf die unterschiedlichen Kulturen der Zuwanderer hat sich jedoch verschoben: Eine andere Kultur wird nicht mehr als Bereicherung, sondern als ein mögliches Hindernis der Integration betrachtet und bedarf deshalb besonderer Aufmerksamkeit. Weite Teile des derzeitigen politischen Diskurses drehen sich dabei um Muslime. Die Angst, dass Muslime niederländische Werte wie die Toleranz gegenüber Homosexuellen oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht annehmen wollen, ist weit verbreitet. Die Zugehörigkeit zu einer besonderen Kultur wird zunehmend als etwas wahrgenommen, was Menschen davon abhält, sich zu integrieren. Integrationskurse gelten als Mittel, diese fehlende Integration dadurch zu beheben, dass die Zuwanderer in die niederländische Kultur assimiliert werden.

Einwanderungspolitik

Auch die Einwanderungspolitik hat sich in den letzten Jahren verändert. Die größte Neuerung diesbezüglich war das Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes im Jahr 2001. Das Gesetz bewirkte neben tief greifenden Einschnitten im Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden auch die Einschränkung von Heiratsmigration, vor allem aus den beiden Ländern Türkei und Marokko. Zudem forcierte es den Kampf gegen Scheinehen. So muss seitdem ein niederländischer Staatsbürger oder Bewohner der Niederlande, der eine Familie mit einem ausländischen Partner gründen will, mindestens 100 % des minimalen Familieneinkommens verdienen (sogar 120 % in dem Fall, dass der Einwohner keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat), einen Arbeitsvertrag mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr besitzen und 21 Jahre oder älter sein. Das Mindestalter von 21 Jahren gilt ebenso für den Ehepartner, der in die Niederlande einwandern möchte. Seit 1998 muss darüber hinaus der Partner, der (noch) kein Einwohner der Niederlande ist, außerhalb des Landes auf die Genehmigung zur Einwanderung warten. Ausgenommen davon sind lediglich Ehepartner aus den USA, Japan, der Schweiz, Australien und Ländern der EU. Diese Ausnahmen kommen vor allem durch bilaterale Abkommen zustande. Sie spiegeln allerdings auch die Angst der Politik wider, dass Menschen, die aus anderen Ländern kommen, vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen in die Niederlande einwandern wollen und dazu tendieren, über eine Eheschließung erst die Möglichkeit zur Zuwanderung zu erlangen.

Irreguläre Zuwanderung

Geschätzte 112.000 bis 163.000 Menschen leben ohne Aufenthaltserlaubnis in den Niederlanden.²² Etwa 65.000 bis 91.000 von ihnen sollen aus Ländern außerhalb Europas kommen. Ein Teil dieser Irregulären sind Menschen, die das Land nicht verlassen haben, nachdem ihr Asylantrag abgelehnt worden ist.

Etwa 10 % der irregulären Migranten, die in den Niederlanden leben, kommen aus Marokko. Schätzungsweise jeweils 5 % stammen aus China, der Türkei, der ehemaligen Sowjetunion und dem ehemaligen Jugoslawien. Ein Großteil der irregulären Bevölkerung lebt in Amsterdam und Rotterdam, zu geringeren Teilen auch in Den Haag und Utrecht. Viele arbeiten in der Landwirtschaft, entweder in Gewächshäusern im mittleren Westen oder auf Bauernhöfen im Südosten der Niederlande.

Die Thematik der irregulären Zuwanderung hat zwar keine sonderliche Relevanz im gesellschaftlichen Diskurs über Immigration, dennoch gab es immer wieder Zeiten, in denen irregulären Zuwanderern viel Aufmerksamkeit in den Medien zuteil wurde. So lenkte beispielsweise ein Flugzeugunglück im Jahr 1992 die öffentliche Aufmerksamkeit auf die große Gemeinde der irregulären Bewohner. Damals stürzte ein Flugzeug auf zwei Hochhäuser im Amsterdamer Stadtviertel Bijmermeer. Aufgrund der großen Zahl an irregulären Migranten aus Ghana, die unangemeldet in den beiden Häusern lebten, hatten die Behörden große Schwierigkeiten, die genaue Zahl der Opfer zu bestimmen. Sie konnten keine verlässlichen Aussagen darüber treffen, wie viele Menschen eigentlich tatsächlich in den Häusern gewohnt hatten.

In den späten 1990er Jahren gab es daraufhin eine Vielzahl von Protesten von so genannten „weißen Illegalen“ (*witte illegalen*), um ein größeres Bewusstsein für irreguläre Migranten zu schaffen. Als „weiße Illegalen“ bezeichnet man Menschen, die ohne rechtmäßigen Aufenthaltsstatus in den Niederlanden leben, aber einem regulären Beruf nachgehen und Steuern bezahlen. Mehrere Hundert von ihnen erhielten später eine Aufenthaltserlaubnis. Allerdings wurde die Möglichkeit zur Ausübung eines regulären Berufes für irreguläre Migranten mittels des 1998 eingeführten Verkopplungsgesetzes (*koppelingswet*) stark eingeschränkt. Durch das Gesetz konnten die Datenbanken von verschiedenen Regierungsinstitutionen (wie Stadtverwaltungen, Finanzämtern und Einwanderungsbehörden) miteinander verbunden werden. Ziel dieser Maßnahme war es, irreguläre Migranten von öffentlichen Dienstleistungen abzuschneiden und die Vergabe von Sozialversicherungsnummern zu verhindern. (Letzteres ist eine der Voraussetzungen, um einem geregelten Beruf nachgehen zu können, Sozialleistungen zu empfangen und Zugang zu Sozialwohnungen zu haben.) Eine Ausnahme von diesem Gesetz erlaubt es Kindern unter 18 Jahren, zur Schule zu gehen, und Menschen, die dringend medizinischer Behandlung bedürfen, einen Arzt aufzusuchen.

Eine weitere Kontrollmaßnahme richtet sich auf die Arbeitnehmer. In Betrieben, die in Bereichen wie der Landwirtschaft oder Lebensmittelverarbeitung tätig sind – von denen man weiß, dass dort traditionell viele irreguläre Arbeiter beschäftigt werden –, finden regelmäßig polizeiliche Kontrollen statt. Arbeitnehmer, denen die Beschäftigung von irregulären Arbeitern nachgewiesen werden kann, müssen eine Strafe zahlen.

Obwohl es nicht strafbar ist, sich ohne gültige Genehmigung in den Niederlanden aufzuhalten, kann die Polizei illegale Einwanderer, die in Gewahrsam genommen worden sind, in Abschiebehaft nehmen und in eine entsprechende Abschiebehaftanstalt bringen – vorausgesetzt, sie können davon ausgehen, dass die Abschiebung der inhaftierten Person in naher Zukunft möglich ist.

Flucht und Asyl

Viele Jahre hatten die Niederlande eine hohe Quote an Asylsuchenden.²³ Die erste große Gruppe von Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg Zuflucht suchten, bestand aus osteuropäischen Soldaten (z. B. aus Polen) die bei der Befreiung der Niederlande mitgewirkt hatten und nun nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren wollten, da diese inzwischen vom kommunistischen Regime der Sowjetunion beherrscht wurden. Bald darauf folgten ihnen weitere Landsleute, die dem Regime entfliehen wollten, aber auch Flüchtlinge aus anderen Ländern der Welt. Zum heutigen Zeitpunkt kommen die meisten Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak, Iran, Somalia und Bosnien.

Momentan werden Flüchtlingsschutz und Asyl durch das Ausländergesetz aus dem Jahr 2000 geregelt (VW2000). Nach diesem Gesetz kann Asylsuchenden der Flüchtlingsstatus gewährt werden, wenn sie die Kriterien der Genfer Konvention aus humanitären Gründen erfüllen. Gleiches gilt, wenn sie als unselbstständiger Partner oder minderjähriges Kind gemeinsam mit oder maximal drei Monate nach einem Hauptasylbewerber geflohen sind. Zudem nehmen die Niederlande jedes Jahr etwa 500 Flüchtlinge aus UN-Flüchtlingslagern auf, die für eine Umsiedlung ausgewählt worden sind.

Personen, deren Flüchtlingsstatus anerkannt worden ist, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis von zunächst einem Jahr, die erneuert werden kann. Nach drei Jahren Aufenthalt sind Flüchtlinge berechtigt, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen. Um die oftmals langen Bearbeitungszeiten zu verkürzen, wurde mit Inkrafttreten des VW2000 ein unmittelbar durchzuführendes Schnellverfahren eingeführt. Dieses stellt sicher, dass innerhalb von 48 Stunden nach Antragstellung eine erste Entscheidung dahingehend gefällt wird, ob der Antrag zum Anerkennungsverfahren zugelassen wird oder nicht.

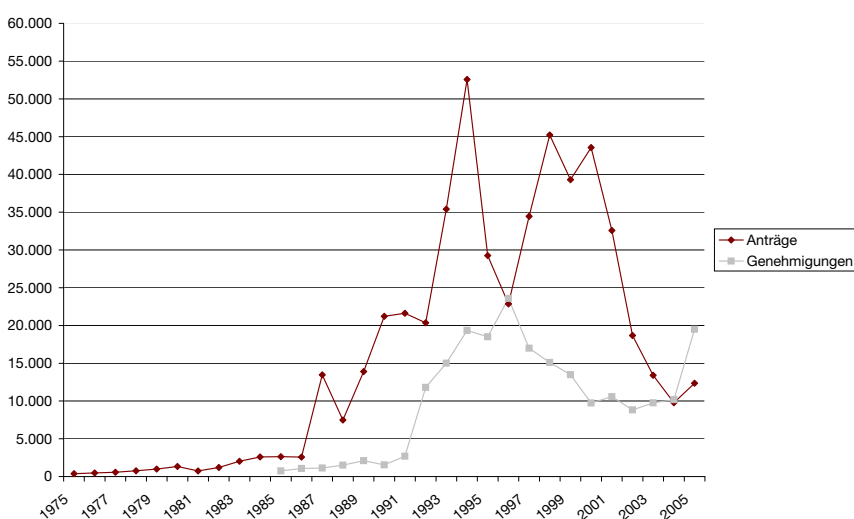
So lange ihr Antrag bearbeitet wird, sind die Asylsuchenden in speziellen Asylbewerberheimen untergebracht, die über das ganze Land verteilt sind. Dort können sie auf die Ergebnisse ihrer Anträge oder Einsprüche warten. Asylsuchende bekommen einmal wöchentlich eine geringe finanzielle Unterstützung und dürfen pro Jahr nicht mehr als 12 Wochen arbeiten. Kritiker bemängeln, dass dies die Abhängigkeit der Flüchtlinge aufrecht erhält und sie so in ihrer späteren Integration behindert. Menschen, die den Flüchtlingsstatus erhalten haben, werden über das ganze Land verteilt untergebracht. Dies geschieht zum einen, um die Aufnahmekosten unter den verschiedenen Stadtverwaltungen zu verteilen, und zum anderen, um eine Ballung von Flüchtlingen an einzelnen Orten zu vermeiden. Daher muss jede Stadtverwaltung einen bestimmten Anteil ihrer Sozialwohnungen für Flüchtlinge frei halten. Schätzungsweise leben ungefähr zwei Drittel der Flüchtlingsbevölkerung außerhalb

der großen städtischen Ballungsgebiete. Dennoch versuchen viele von ihnen früher oder später, in städtische Regionen zu ziehen, entweder um mit ihren Landsleuten zusammenzuleben, oder weil sie die Hoffnung haben, dass es in der Stadt mehr Möglichkeiten gibt.

Das VW2000 ist die jüngste Maßnahme einer Serie von Bestimmungen, die darauf abzielen, die Zahl der Asylsuchenden in den Niederlanden zu senken. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre stieg die Zahl der Asylsuchenden sprunghaft an. Im Jahr 1980 baten 1.330 Menschen in den Niederlanden um Asyl. Im Jahr 1990 betrug diese Zahl 21.210. Die steigende Zahl der Bewerbungen bedeutete jedoch nicht, dass mehr Menschen der Flüchtlingsstatus zugesprochen wurde. Im Zeitraum von 1987 bis 1996 wurde durchgängig etwa 40 % der Bewerber ein Bleiberecht erteilt (siehe auch Abbildung 6). Im Zeitraum von 1982 bis 1994, als der spätere Hohe Flüchtlingskommissar der UN, Ruud Lubbers, Ministerpräsident der Niederlande war, wurden verschiedene Maßnahmen ins Leben gerufen, um das Asylrecht einzuschränken. Die Zahl der Umsiedler aus UN-Flüchtlingslagern wurde zwar bei ungefähr 500 gehalten, aber für die Asylsuchenden, die aus eigener Kraft in die Niederlande kamen, entwickelte man ein Auswahlverfahren, das „wahre Flüchtlinge“ von Zuwanderern unterscheiden sollte, die bloß eine rechtliche Möglichkeit suchten, ins Land zu gelangen (gemeint waren Arbeitsmigranten).

Mit dem VW2000 versuchte man, die Asylsuchenden abzuschrecken, indem man innerhalb von 48 Stunden eine Vielzahl von Asylbewerbern als „unwürdig“ ablehnte, die Asylgründe einschränkte und befristete Aufenthaltsgenehmigungen einführte. Nach der Umsetzung des VW2000 sank die Asylbewerberzahl von 43.560 im Jahr 2000 bis auf 9.780 im Jahr 2004. Es ist jedoch schwer einzuschätzen, ob dies die unmittelbaren Folgen des Gesetzes waren und ob es Langzeiteffekte geben wird. Auch die schwächer werdende wirtschaftliche Lage der Niederlande könnte Asylsuchende abgeschreckt haben. Von 2004 bis 2006 war jedoch erneut ein Anstieg der Asylanträge auf insgesamt 14.465 zu verzeichnen.

Abbildung 6: Asylanträge und -Genehmigungen (1975-2005)



Quelle: CBS

Lange Zeit hatten die Niederlande kein konsequentes Abschiebungsverfahren für Asylbewerber, deren Antrag auf Asyl abgelehnt worden war. Es war Sache des abgelehnten Bewerbers, das Land in Eigenverantwortung zu verlassen. Folglich blieben viele einfach ohne gültige Aufenthaltsberechtigung im Land; die meisten wohnten weiterhin in Asylbewerberheimen oder den Wohnungen, die ihnen von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt worden waren. Es wurde lange darüber diskutiert, was mit den schätzungsweise 26.000 Einwohnern geschehen sollte, die vor 2001 Asyl beantragt hatten und nach ihrer Ablehnung ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung weiterhin in den Niederlanden lebten. Ein Teil von ihnen wartet noch immer auf das Ergebnis des Einspruchs gegen ihre Ablehnung. Andere haben eine Ablehnung ihres Einspruchs bereits erhalten und das Land dennoch nicht verlassen. Im Jahr 2003 wurden alle Asylbewerber, die bereits fünf Jahre oder länger auf das Ergebnis ihres Asylantrags gewartet hatten, legalisiert. Aufgrund der vielen Regierungswechsel zu Beginn des neuen Jahrzehntes dauerte es daraufhin einige Jahre, bis ein endgültiges Legalisierungsgesetz erlassen werden konnte. Im Frühjahr 2007 setzte die neue, mehr linksorientierte Regierung schließlich ein Legalisierungsgesetz durch, das allen Asylbewerbern, die vor 2001 Asyl beantragt hatten, immer noch im Land lebten und keine schweren Straftaten begangen hatten, die Legalisierung ermöglichte. Schätzungsweise 25.000 bis 30.000 Menschen bekamen durch das Gesetz eine Aufenthaltsgenehmigung. Etwa 1.500 Ersuche wurden hingegen abgelehnt. Diesen Bewerbern warf man entweder vor, hinsichtlich ihrer Identität gelogen zu haben, in den Niederlanden straffällig geworden zu sein oder im Verdacht zu stehen, Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Aktuelle Entwicklungen

In den letzten Jahren wurden verschiedene neue Gesetze geschaffen, welche die Einwanderung von Familien und ungelerten Arbeitern einschränken und die Integration der Migranten, die bereits in den Niederlanden leben, vorantreiben sollen. Obwohl die linksorientierten Parteien, wie *GroenLinks* (die Grünen) oder die *Partij van de Arbeid* (Arbeiterpartei) sich gegen viele dieser Vorhaben stellten, scheint sich mittlerweile ein allgemeiner Grundkonsens herausgebildet zu haben, der vor zehn bis fünfzehn Jahren noch undenkbar gewesen wäre: dass Integration in bestimmten Bereichen auch unter Androhung von Sanktionen gewissermaßen erzwungen werden muss. Die niederländischen Politiker haben Jahre gebraucht, um das erste Gesetz zur Integration zu implementieren, doch inzwischen sind sich beinahe alle Fraktionen einig, dass Einwanderer dazu verpflichtet werden können und sollten, die niederländische Sprache zu erlernen und bestimmte freiheitliche und demokratische Werte zu akzeptieren.

Die Reichweite der Integrationsmaßnahmen hat sich inzwischen vergrößert. So müssen seit

März 2006 beispielsweise alle Migranten, die in die Niederlande einwandern wollen, um mit ihrem Ehepartner zusammenleben zu können, in der niederländischen Botschaft ihres jeweiligen Heimatlandes einen „Integrations-Test im Ausland“ (*inburgeringsexamen buitenland*) absolvieren. Das Examen wird mit Hilfe eines an einen Computer angeschlossenen Telefons abgenommen. Ähnlich wie beim Einbürgerungs- und dem gewöhnlichen Integrations-Test müssen die Bewerber Fragen zur niederländischen Sprache und Kultur beantworten. Darüber hinaus müssen sie als Teil des Lernmaterials ein Videoband mit dem Namen *Naar Nederland* („In die Niederlande kommen“) kaufen, in dem ein schwules Paar, das sich küsst, sowie Frauen, die mit nacktem Oberkörper am Strand liegen, zu sehen sind. Das Video löste zunächst eine kontroverse Debatte aus. Man glaubte, dass es darauf angelegt war, Migranten muslimischen Glaubens zu provozieren. Zudem sind nicht alle Niederländer der Meinung, dass Homosexualität und Sonnenbaden „oben ohne“ Kernbestandteile des Wertekanons der niederländischen Gesellschaft sind.²⁴ Obwohl im Jahr 2006 90 % der Bewerber den Test bestanden, sank die Zahl der Bewerber, die aus Gründen der Familienbildung in die Niederlande einwandern wollten, deutlich. Einige Politiker schlugen zudem vor, die Anforderungen des Tests weiter anzuheben.

Seit 2007 ist die Teilnahme an einem Integrationskurs für neu angekommene Einwanderer zwar nicht mehr verpflichtend, dennoch müssen sie weiterhin einen Integrationstest bestehen, um eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten zu können. Eine weitere Maßnahme verpflichtet alle Zuwanderer, die vor 1998 ins Land gekommen sind (so genannte *oudkomers*), den Integrationstest abzulegen (*inburgeringsplicht*). Die Erweiterung der Integrationsauflagen gilt vornehmlich den Einwanderern, die Sozialleistungen erhalten, und religiösen Anführern, wie beispielsweise Imamen. Die damalige Integrationsministerin Rita Verdonk wollte den Kurs ursprünglich für alle *oudkomers* verpflichtend machen, selbst für diejenigen, die bereits die niederländische Staatsbürgerschaft besaßen. Das Gremium für Einwanderungsangelegenheiten riet jedoch davon ab, da dies eine unzulässige Ungleichbehandlung von niederländischen Staatsbürgern bedeutet hätte. Einwanderer, die mindestens acht Jahre das Bildungssystem der Niederlande durchlaufen haben, müssen den Test ebenfalls nicht absolvieren. Die *oudkomers* haben, sobald sie von den Behörden vorgeladen worden sind, fünf Jahre Zeit, um das Integrationsexamen zu bestehen. Besteht ein *oudkomer* das Examen nicht, kann ihm/ihr ein Bußgeld abverlangt werden. Eine weitere Neuerung besteht darin, dass Migranten den Integrationskurs mittlerweile selbst bezahlen müssen. Bis 2007 wurden diese Kosten noch vollständig vom Staat übernommen. Kann ein Zuwanderer für die Gebühren des Kurses nicht aufkommen, hat er die Möglichkeit, ein Darlehen von den Behörden zu bekommen. Gegenwärtig wird darüber nachgedacht, auf den Integrationskurs ein Folgeprogramm in Form eines Praktikums, eines Jobs oder freiwilliger Arbeit folgen zu lassen. Ziel dieses Bestrebens ist es, die Partizipation der Migranten am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Auch die doppelte Staatsbürgerschaft steht ein weiteres Mal zur Debatte. Seit 2007 ist eine neue Regierung im Amt, die sich aus den Christdemokraten, der eher links der Mitte einzuordnenden Christlichen Union und der Arbeiterpartei zu-

sammensetzt. Noch bevor ein einziges Mitglied des neuen Kabinetts ernannt werden konnte, stellte der Abgeordnete Geert Wilders bereits einen Antrag gegen zwei Mitglieder der Arbeiterpartei: Nebahat Albayrak und Ahmet Aboutaleb. Neben dem niederländischen haben sie einen türkischen bzw. marokkanischen Pass. Wilders argumentierte, dass die beiden Politiker aufgrund ihrer doppelten Staatsangehörigkeit nicht in der Lage wären, den Niederlanden uneingeschränkte Loyalität entgegenzubringen, und somit nicht für einen Posten in der Regierung geeignet seien. Einer Zeitung gegenüber erwähnte er sogar, dass er es bevorzugen würde, wenn Muslime gar nicht erst Mitglieder des Kabinetts werden könnten. Keine der anderen politischen Parteien unterstützte den Antrag von Wilders, aber viele sind dennoch der Meinung, dass die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft werden sollte. Mögliche Einschränkungen wurden bereits diskutiert, aber zurzeit wagt es keiner der Politiker, die doppelte Staatsbürgerschaft zu kritisieren – aus Angst, mit den Ansichten von Geert Wilders in Verbindung gebracht zu werden.

Im September 2007 veröffentlichte der Wissenschaftliche Rat für Regierungspolitik (WRR) einen Bericht über die Identifikation mit den Niederlanden (*Identificatie met Nederland*). Dort empfiehlt der Rat, dass die doppelte Staatsangehörigkeit sowohl für Einwanderer als auch für niederländische Auswandernde erhalten bleiben sollte. Im Weiteren regt er an, den Begriff *allochthon* abzuschaffen, mit der Begründung, dass dieser die Definition von Menschen mit Migrationshintergrund als nichtzugehörig zur niederländischen Gesellschaft manifestiere.

Zukünftige Herausforderungen

Aufgrund des erneuten wirtschaftlichen Aufschwungs ist zu erwarten, dass schon bald wieder in Erwägung gezogen wird, Einwanderer zu Arbeitszwecken ins Land zu holen. Diese Debatte wurde bereits im Jahr 1998 geführt und nur durch den damaligen Konjunkturrückgang unterbrochen. Die Frage ist, ob die Regierung sich ein weiteres Mal dazu entschließen würde, Gastarbeiter anzuwerben. Da die Erfahrungen vieler Staaten gezeigt haben, dass bei einem Gastarbeiterprogramm die dauerhafte Niederlassung der Migranten nicht hundertprozentig auszuschließen ist, könnte die niederländische Regierung alternativ eine auf permanente Zuwanderung ausgerichtete Einwanderungs- und Integrationspolitik einführen. Welche Richtung die Niederlande in dieser Frage einschlagen werden, bleibt jedoch abzuwarten.

Die Ära von Pim Fortuyn hat für viel Tumult gesorgt. Es war für viele *allochthone* der zweiten Generation äußerst desillusionierend mitzuerleben, wie negativ die Einstellung vieler Niederländer gegenüber Zuwanderern ist. Die neue Regierung muss versuchen, *allochthone* (besonders die der zweiten Generation) und *autochthone* wieder zusammenzubringen. Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, innerhalb der Polizei und in der „Clubzene“ müssen bekämpft werden.²⁵

Die Politiker sollten mit gutem Vorbild vorangehen, damit aufhören, den Islam mit all seinen angeblichen Gefahren für die niederländische Gesellschaft zu verteufeln, und stattdessen einen offenen und kontroversen Diskurs über das Verständnis

der multikulturellen Gesellschaft entfachen. Ein Beispiel dafür ist eine Öffentlichkeitskampagne, welche die damalige Ministerin Rita Verdonk 2006 ins Leben rief. Sie versuchte aufzuzeigen, dass Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen harmonisch und produktiv zusammenarbeiten können. Im Weiteren gibt es sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene eine Vielzahl von Graswurzelorganisationen und verschiedenste Preise für vorbildliche Integrationsinitiativen. Solche Initiativen können zwar die benachteiligte Position der Immigranten nicht beheben, aber zumindest für ein positiveres Umfeld und wachsendes gegenseitiges Verständnis sorgen.

Endnoten

- 1 *Allochthone* sind Personen, die mindestens ein Elternteil besitzen, das nicht in den Niederlanden geboren wurde.
- 2 Niederländische Statistiken unterscheiden zwischen westlichen und nicht-westlichen Zuwanderern. Westliche Zuwanderer stammen aus Europa (ausgenommen der Türkei), Nordamerika, Ozeanien, Indonesien und Japan. Nicht-westliche Zuwanderer kommen aus der Türkei, Afrika, Lateinamerika und dem restlichen Asien.
- 3 Siehe auch Lucassen und Peninx (1997).
- 4 Die Molukken sind eine der vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen Indonesiens. Sie leben vornehmlich auf den molukkischen Inseln in West-Indonesien. Die molukkischen Soldaten kämpften gemeinsam mit der niederländischen Armee gegen die Unabhängigkeit Indonesiens.
- 5 Der Begriff „Familienzusammenführung“ bezeichnet die Wiedervereinigung eines Zuwanderers mit Kindern und Ehepartner, die durch die Einwanderung in die Niederlande zurückgelassen werden mussten. „Familiengründung“ hingegen bezeichnet die Zuwanderung eines Migranten aufgrund einer Heirat mit einem Einwohner.
- 6 Siehe auch Sociaal Cultureel Planbureau (SCP) et al. (2005).
- 7 Arbeitslosigkeit wird hier ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Erwerbsbeteiligung am Arbeitsmarkt: Es handelt sich um den Anteil von Menschen, die sich aktiv auf dem Arbeitsmarkt befinden, aber derzeit keine Anstellung haben.
- 8 Siehe auch Sociaal Cultureel Planbureau (SCP) et al. (2005).
- 9 Im Englischen: „Racial Profiling.“ So wird die Praxis bezeichnet, mit der die Polizei Verdachtsprofile anhand von ethnischen, nationalen oder religiösen Merkmalen erstellt, anstatt ihren Verdacht auf Hinweise auf eine Straftat zu stützen.
- 10 Ihre Muttersprache ist „Papiamentu“, welches eine Mischung aus Spanisch, Portugiesisch, Niederländisch und verschiedenen afrikanischen Sprachen ist.
- 11 Siehe auch Instituut voor Publiek en Politiek (2006).
- 12 Bevor die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt worden ist, hatten Marokkaner bereits die Möglichkeit, eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erhalten, da die marokkanische Staatsbürgerschaft nicht abgegeben werden kann. Die einzige Möglichkeit, die marokkanische Staatsbürgerschaft zu verlieren, ist das Begehen von Landesverrat oder einem vergleichbaren Verbrechen.
- 13 Die Einbürgerungsrate, auch genannt Einbürgerungspotential, ist definiert als die Zahl der Einbürgerungen geteilt durch die Zahl der Ausländer.
- 14 Siehe auch CBS (2006).
- 15 Ausgenommen davon sind die indonesischen Zuwanderer, da die Regierung früh feststellte, dass ihr Aufenthalt dauerhaft sein würde. Damit die indonesischen Familien sich besser in die niederländische Gesellschaft einfügen konnten, wurden ihnen Sozialarbeiter als Unterstützung zur Seite gestellt.
- 16 Die Niederlande haben ein komplexes Schulsystem. Es gibt sowohl öffentliche Schulen (*openbare scholen*), die vollständig vom Staat finanziert werden, als auch gesonderte Schulen (*bijzonderscholen*), die auf der Religionszugehörigkeit basieren. Letztere können neben der staatlichen Finanzierung auch zusätzliche Mittel von den Eltern erhalten. Darüber hinaus können sie Schüler aufgrund von „unpassender“ Religionszugehörigkeit abweisen. Die Freiheit von Bildung ist Teil der Verfassung (Absatz 23).
- 17 Die Abkürzung EWR steht für den europäischen Wirtschaftsraum. Die Länder Norwegen, Island und Lichtenstein gehören zum EWR.
- 18 Für weiterführende Erörterungen über die verpflichtenden Integrationskurse in den Niederlanden und ihre Einführung in anderen Ländern, siehe auch Joppke, C. (2007): „Fördern Pflicht-Integrationskurse in Westeuropa die Integration von Zuwanderern?“, focus Migration Kurzdossier Nr. 8.

- http://www.focus-migration.de/Foerdern_Pflicht-Int.2562.0.html
- 19 Die Begrifflichkeiten „konservativ“ und „liberal“ mögen sich für britische oder amerikanische Leser widersprüchlich anhören, in den Niederlanden aber sind sie es nicht. Es gibt zwei politische Parteien in den Niederlanden, die sich selbst als liberal bezeichnen: Zum einen ist dies die VVD, und zum anderen die D66 (Demokraten '66). Erstere sind insgesamt betrachtet eher konservativ, aber bezüglich wirtschaftlicher Themen vorwiegend liberal. Letztere sind hauptsächlich liberal auf dem Gebiet der Sozialpolitik.
 - 20 Fortuyn empfand die Redefreiheit als wichtigeren Wert, und erklärte den Reportern, dass der Artikel der Gleichheit abgeschafft werden solle, wenn er die Redefreiheit einschränke.
 - 21 Siehe auch Michalowski, I. (2005): „Das niederländische Integrationsmodell als Vorbild und die Debatte über sein ‚Scheitern‘“, focus Migration Kurzdossier Nr. 1. http://www.focus-migration.de/Das_niederlaendische.1196.0.html
 - 22 Siehe auch Engbersen et al (2002).
 - 23 „Asylbewerber“ sind Menschen, die in die Niederlande kommen, um dort Asyl zu suchen. Wenn ihrem Antrag stattgegeben wird, erhalten sie eine Aufenthaltsgenehmigung. Menschen, denen Aufenthalt gewährt wird, werden auch „Flüchtlinge“ genannt.
 - 24 Es gibt eine christlich-orthodoxe Minderheit in den Niederlanden, die glaubt, dass Homosexualität gegen den Willen Gottes ist.
 - 25 Der Arbeitsmarkt und die Clubszene sind die Schwerpunkte der gesellschaftlichen Diskussion über Diskriminierung. Es gibt immer wieder Probleme mit Zugangsverboten in Diskotheken aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit. Dies betrifft vor allem marokkanische Jugendliche. Die ehemalige Ministerin Verdonk wurde daraufhin von einer Gemeinschaft von Diskothekenbesitzern eingeladen, ihre Clubs in Augenschein zu nehmen und sich selbst davon zu überzeugen, dass alles in Ordnung sei. Viele Städte nehmen die Diskriminierung in der Nachtclubszene wahr und haben Telefon-Hotlines für Jugendliche eingerichtet, die Anzeige erstatten wollen.

Die Autorin:

Evelyn Ersanili, M.Sc., hat interdisziplinäre Sozialwissenschaften an der Universität Utrecht, Niederlande, studiert. Derzeit beendet sie ihren PhD an der soziologischen Fakultät der Freien Universität von Amsterdam.
E-Mail: ef.ersanili@fsw.vu.nl

Literatur

- Brug, W. v. d. (2003): „How the LPF Fuelled Discontent: Empirical Tests of Explanations of LPF Support.“ *Acta Politica* 38: 89-106.
- Dagevos, J., Euwals, R., Gijsberts, M. und Roodenburg, H. (2006): *Türken in Deutschland und den Niederlanden Die Arbeitsmarktposition im Vergleich*. Den Haag: SCP/CBS. http://www.scp.nl/publicaties/boeken/9789037703085/Turken_in_Deutschland_und_den_Niederlanden.pdf
- Engbersen, G., Staring, R., van der Leun, J., de Boom, J., van der Heijden, P. und Cruijff, M. (2002): *Illegale vreemdelingen in Nederland: omvang, overkomst, verblijf en uitzetting*. Rotterdam: RISBO.
- Entzinger, H. (2005): „Changing The Rules while The Game is on: From Multiculturalism to Assimilation in the Netherlands.“ In: M. Bodemann & G. Yurdakul (Hrsg.), *Migration Citizenship, Ethnos: Incorporation Regimes in Germany, Western Europe and North America*. New York: Palgrave Macmillan.
- Gouda, F. (1995): *Dutch Culture Overseas: Colonial Practice in the Netherlands Indies, 1900-1942*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Hagendoorn, L., Veenman, J. und Vollebergh, W. (Hrsg.) (2003): *Integrating Immigrants in the Netherlands: Cultural versus Socio-Economic Integration*. Aldershot: Ashgate UK.
- Instituut voor Publiek en Politiek (IPP) (2006): *Meer diversiteit in de gemeenteraden*. <http://www.publiek-politiek.nl/content/download/1700/9199/file/DiversiteitGemeenteraden2006.pdf>
- Keeney Nana, C. (2007): „With Strict Policies in Place, Dutch Discourse on Integration Becomes More Inclusive.“ Migration Information Source, Migration Policy Institute, Washington D.C. <http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=596>
- Koopmans, R. (2003): „Good Intentions Sometimes Make Bad Policy: A Comparison of Dutch and German Integration Policies.“ In: R. Cuperus, K. A. Duffek und J. Kandel (Hrsg.), *The Challenge of Diversity*. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Koopmans, R., Statham, P., Giugni, M. und Passy, F. (2005): *Contested Citizenship: Immigration and Cultural Diversity in Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Leun, J. van der (2006): „Excluding Illegal Migrants in The Netherlands: Between National Policies and Local Implementation.“ *West European Politics* 29(2): 310-326.
- Lucassen, J. und Penninx, R. (1997): *Newcomers. Immigrants and Their Descendants in the Netherlands 1550-1995*. Amsterdam/Gouda: Het Spinhuis.
- Prins, B. (2002): „The Nerve to Break Taboos: New Realism in the Dutch Discourse on Multiculturalism.“ *Journal of International Migration and Integration* 3 (3 & 4): 363 -380.
- Rath, J. (1991): *Minorisering: de sociale constructie van „ethnische minderheden.“* Amsterdam.
- Rijkschroeff, R. Duyvendak, J. W. und Pels, T. (2003): *Bronnenonderzoek Integratiebeleid*. Utrecht: Verwey-Jonker Instituut.
- Sociaal Cultureel Planbureau (SCP), Wetenschappelijk Onderzoek en Documentatiecentrum (WODC), Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) (2005): *Jaarrapport Integratie 2005*. Den Haag.
- Sniderman, P. M. und Hagendoorn, L. (2007): *When Ways of Life Collide*. Princeton: Princeton University Press.
- Thränhardt, D. (2000): „Conflict, Consensus, and Policy Outcomes: Immigration and Integration in Germany and The Netherlands.“ In: Koopmans, R. und Statham, P. (Hrsg.), *Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics*. Oxford: Oxford University Press. 162-186.
- Vermeulen, H. und Penninx, R. (Hrsg.) (2000): *Immigrant Integration. The Dutch Case*. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Wetenschappelijke Raad voor het regeringsbeleid (WRR) (2007): *Identificatie met Nederland*. Amsterdam University Press.
- Wetenschappelijke Raad voor het regeringsbeleid (WRR) (2001): *Nederland als immigratiesamenleving*. Den Haag: Staatsuitgeverij. Englische Zusammenfassung abrufbar unter: <http://www.wrr.nl/content.jsp?objectId=2747>
- Wetenschappelijke Raad voor het regeringsbeleid (WRR) (1989): *Minderhedenbeleid*. Den Haag: Staatsuitgeverij.

Internetquellen

- Amt für soziale und kulturelle Planung (Sociaal Cultureel Planbureau, SCP) www.scp.nl
- Niederländisches Zentralbüro für Statistik (Centraal Bureau voor de Statistiek, CBS) www.cbs.nl
- Wissenschaftlicher Rat für Regierungspolitik (Wetenschappelijke Raad voor het regeringsbeleid, WRR) www.wrr.nl

IMPRESSUM

Herausgeber: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Heimhuder Strasse 71, 20148 Hamburg, Tel.: +49 (0)40 34 05 76-0, Fax: +49 (0)40 34 05 76-776, E-Mail: info@hwwi.org
 Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Netzwerk Migration in Europa e.V.
 Redaktion: Jennifer Elrick (verantwortl.), Tanja El-Cherkeh, Gunnar Geyer, Rainer Münz, Antje Scheidler (Netzwerk Migration in Europa e.V.), Jan Schneider (i.A. der bpb)

Die Herausgabe der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.
 Die Länderprofile und Kurzdossiers geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Auszügen und Grafiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.hwwi.org, www.bpb.de, www.network-migration.org, www.migration-info.de
 Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.focus-migration.de